

10. März 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/IX/46

Bonn, den 9. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Den Bürger an den Staat heranzuführen

69

Das Gesellschaftspolitische Bildungsprogramm der SED

Von Alfred Nau,
Schatzmeister der SED

3 - 4

Folgeschwerer Unverstand

68

Verband deutscher Studentenschaften muß sein
Gaststaatenaustauschprogramm kürzen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

4

In Leipzig beobachtet

24

Hochqualifizierte Dolmetscher als Gesprächspartner
für westliche Interessenten

5

Deutsch-dänische Gemeinschaftsleistung

42

Es geht um das größte Verkehrsprojekt Europas

6

Afrikanische "Eisberge" (Fortsetzung und Schluß)

51

Kommunistische Wählerarbeit in Afrika
Von Helmut F. Bärwald

Den Bürger an den Staat heranzuführen

Das Gesellschaftspolitische Bildungsprogramm der SPD

Von Alfred Nau,

Schatzmeister der SPD

Zwei Ereignisse haben 1964 in der Bundesrepublik eine Entwicklung eingeleitet, die das Gefüge unseres Parteienwesens erheblich verändern kann. In zunehmendem Maße sind vor allem junge Menschen bereit, sich als Mitglieder in den Parteien politisch zu engagieren.

Die SPD hat 1964 über 70 000 neue Mitglieder aufgenommen; das ist nahezu die gesamte Mitgliederzahl der FDP und ein Viertel aller CDU-Mitglieder. In zunehmendem Maße wächst aber auch die Kritik der Öffentlichkeit an der wachsenden Subventionierung der Parteien durch den Staat, die eine Bundestagsmehrheit der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der SPD beschlossen hat. Diese Staatssubventionierung muß der Demokratie schaden. Sie belastet alle Versuche, den Bürger an den demokratischen Staat und an das politische Leben heranzuführen. Die SPD wird deshalb alles tun, um zu verhindern, daß ein Weg beschritten wird, der in seiner Konsequenz zur Verstaatlichung der Parteien führen muß.

Die SPD hat die Auseinandersetzung um die Staatssubvention mit Leidenschaft, aber niemals mit den Argumenten des doppelten Bodens, geführt. Nach der Abstimmung im Bundestag haben einige geglaubt, sie könnten der SPD eine zwielfichtige Haltung vorwerfen. Mit der einstimmigen Verabschiedung unseres Gesellschaftspolitischen Bildungsprogrammes durch Parteivorstand, Kontrollkommission und Parteirat haben wir diese Zweifler beschämt.

Die SPD hat gehandelt! Ein Verzicht der SPD auf diese Gelder hätte den politischen Gegnern die Möglichkeit eröffnet, aus der besseren staatspolitischen Erkenntnis der Sozialdemokraten für sich parteiegoistisch zu profitieren.

Den Volksschulen, den Höheren Schulen und den Pädagogischen Hochschulen hat die SPD durch ihr Gesellschaftspolitisches Bildungsprogramm die Möglichkeit gegeben, aus einem Bücherangebot mit 47 Titeln Bücher zur Zeitgeschichte auszuwählen. Dabei wurde darauf verzichtet, diese Liste nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammenzustellen. Von 10 000 angeschriebenen Schulen haben bis Ende des Jahres 1964 9 300 Schulen das Bücherangebot angenommen; nur zwei haben abgelehnt.

Gleichzeitig hat der Vorstand der SPD Tausende von Dankschreiben erhalten, aus denen hervorgeht, daß unsere Lehrer durchaus bereit sind, sich im Unterricht mit der jüngsten Vergangenheit Deutschlands zu befassen.

Über 100 000 Bücher werden durch dieses Programm den deutschen Schulen durch die SPD zur Verfügung gestellt. Davon müssen 90 000 Bücher in 31 Druckereien neu gedruckt werden.

Die zweite Maßnahme des Gesellschaftspolitischen Bildungsprogramms

Junge Wissenschaftler sollen bei der Erforschung gesellschaftspolitischer Probleme gefördert werden. Alle Rektoren der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik, einschließlich West-Berlins, wurden brieflich darüber informiert, daß die SPD bereit ist, wissenschaftliche Arbeiten zu fördern, die sich mit der Entwicklung, Struktur und Funktion politischer Parteien in Deutschland und von Instituten und Organisationen, die eine besondere gesellschaftspolitische Rolle in der Demokratie spielen, beschäftigen. Gemeint sind nicht nur Dissertationen, sondern auch Forschungsvorhaben akademischer Nachwuchskräfte, die sich habilitieren wollen. - In einer dritten Aktion werden etwa 1 000 Heime, nämlich Studenten-, Soldaten- und Lehrlingswohnheime, ebenfalls Literaturangebote zur Zeitgeschichte erhalten.

Eine vierte Maßnahme sieht die Förderung der Schülermitverwaltung und die Unterstützung von Schülerzeitungen vor. Gedacht ist an Wochenend- und auch Wochenseminare mit Vertretern der Jungen Presse und der Schülermitverwaltung, wobei die Leitung dieser Seminare in den Händen der Schüler selbst liegen soll.

Eine fünfte Maßnahme soll es namhaften Wissenschaftlern und Schriftstellern ermöglichen, ein Lexikon des demokratischen Sozialismus zu schaffen.

Wenn die Parteien den vom Grundgesetz ihnen zuerkannten Auftrag zur politischen Willensbildung ernst nehmen, dann müssen sie alles tun, was helfen kann, den Bürger an den demokratischen Staat heranzuführen. Deshalb bekennt sich die SPD zur Mitgliederpartei, deshalb bejaht die SPD den Auftrag der Parteien zu politischer Bildung. Diese Bildungsarbeit vollzieht sich nicht innerhalb parteigebundener, parteiegoistischer Grenzen; jeder, der guten Willens ist, kann daran teilnehmen. Daß diese Worte nicht für sich allein stehen, daß den Worten auch die Tat gefolgt ist, dafür ist das Gesellschaftspolitische Bildungsprogramm der SPD ein überzeugender Beweis.

Folgeschwerer Unverstand

Verband deutscher Studentenschaften muß sein
Oststaaten austauschprogramm kürzen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Mit welchem politischen Unverstand die Bundesregierung sich selbst in so prekären Situationen - wie der augenblicklichen - aus rein optischen budgetären Gründen das Wasser abgräbt und sich politischer Handlungsmöglichkeit dort beraubt, wo sie sie dringend braucht, beweist das Sparprogramm, mit dem das Oststaaten austauschprogramm des Verbandes deutscher Studentenschaften (VDS) überrascht worden ist.

Angesichts der in den Beziehungen zwischen dem VDS und seinen osteuropäischen und sowjetischen Partnerorganisationen während des Jahres 1964 eingetretenen Verbesserungen, hätte der VDS mit Fug und Recht auf eine noch tatkräftigere Unterstützung für das Jahr 1965 durch die Bundesregierung hoffen dürfen und nicht auf das Gegenteil.

So war es unter anderem gelungen, mit dem rumänischen Studentenverband ein Abkommen zu schließen, das den Austausch von Stipendiaten sowie einer größeren Zahl von Besuchsgruppen vorsieht.

Ähnliches war mit dem Hochschulrat des tschechoslowakischen Jugendverbandes vereinbart worden, mit dem der VDS ein gemeinsames Seminar im Spätherbst vergangenen Jahres durchgeführt hatte und mit dem er ein weiteres Seminar im April dieses Jahres in der CSSR durchzuführen gedenkt.

Nicht weniger erfreulich hatten sich 1964 die Beziehungen zu dem ungarischen Studentenverband entwickelt und selbst mit dem Studentenrat der UdSSR konnten erstmalig für beide Teile annehmbare Vereinbarungen über den studentischen Austausch und die gegenseitige Vertretungsberechtigung erzielt werden.

Diese Aktivität des VDS hatte, wie sich auf internationalen Studentenkongressen in Sofia und Warschau im vergangenen Jahr zeigte, zu einer erfreulichen Änderung der Haltung zahlreicher osteuropäischer Studentenorganisationen gegenüber der Bundesrepublik geführt. Nicht nur wurden bisher gängige Pauschalurteile über die "Remilitarisierung und den Faschismus in der Bundesrepublik" revidiert, sondern die Studentenorganisationen einiger Staaten stellten ihre Polemik gegen die Bundesrepublik ganz ein.

Durch die Verminderung der Zuschüsse für die Programme des VDS im Jahre 1965, die der Förderung der studentischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, den Oststaaten und der Sowjetunion dienen, läßt man ein unter vielen Mühen aufgekeimtes Pflänzlein schlicht aus administrativem Unverstand verdorren.

Da alle Maßnahmen des VDS auf diesem Gebiet mit langfristigen Vorbereitungen und Absprachen verbunden sind, bleibt dem VDS - wenn nicht Hilfe kommt - wohl kaum etwas anderes übrig, als die getroffenen Absprachen und gegebenen Versprechungen zu widerrufen. Unsere östlichen Partner werden sich kaum mit der Bitte um Verständnis für die Sorgen des Bundesfinanzminister zufrieden geben. Sie werden begreiflicherweise politische Motive hinter dem durch Mangel an Mitteln möglicherweise erzwungenen Abbruch der Kontakte vermuten.

Das Ganze wird vollends grotesk, wenn man die Beschneidung der eben erwähnten Zuschüsse vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung wiederholt verkündeten Politik der Förderung kultureller Beziehungen zum europäischen Osten betrachtet.

Erst kürzlich war in einem von einer Stelle des Auswärtigen Amtes inspirierten Artikel in der FAZ von entsprechenden Absichten der Bundesregierung die Rede gewesen, ja, sogar der Abschluß von Kulturabkommen mit einigen der osteuropäischen Staaten wurde als bevorstehend angekündigt. Der Vorsitzende des ausenpolitischen Arbeitskreises der CDU, der Abgeordnete Majonica, sprach sogar schon etwas vorzeitig von den Früchten der intensiveren Kulturbeziehungen zum Osten. Staatssekretär Carstens hatte dem Haushaltsausschuß für den Ausbau dieser Kulturbeziehungen zwei Millionen DM abgerungen.

Hier erwächst dem Versuch, mit unseren östlichen Nachbarn in ein besseres Verhältnis zu gelangen, ein nicht wieder gutzumachender Schaden. Aber da die letzten Entscheidungen in solchen für unser Land bedeutsamen Fragen offenbar weder vom Außenminister, noch von dem zuständigen Staatssekretär Lahr oder seinem Ministerialdirektor Sattler getroffen werden können, sondern von der Bundesregierung, durch den zuständigen Beamten im Bundesfinanzministerium, Ministerialdirektor Korf, kann uns nichts mehr wundernehmen.

Merke: "Korf erfindet eine Tagnachtlampe, die sobald sie angeht, selbst den hellsten Tag in Nacht verwandelt."

(Christian Morgenstern)

+ + +

In Leipzig beobachtet

sp - Während der Leipziger Frühjahrsmesse fiel auf, daß an den Ausstellungsständen großer Zonenbetriebe zahlreiche Studenten eingesetzt waren, die nicht nur mehrere Sprachen beherrschen, sondern auch über ein technisches Wissen verfügen, das ganz offensichtlich weit über dem Durchschnitt liegt. In Gesprächen mit westlichen Firmenvertretern konnte außerdem festgestellt werden, daß diese Studenten sehr gewandte Umgangsformen haben und bei ihren technisch-kaufmännischen Gesprächen mit Interessenten aus dem Westen über gründliche Kenntnisse auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Länder ihrer jeweiligen Gesprächspartner verfügen. In mehreren Fällen brillierten die als "Dolmetscher" bezeichneten Studenten sogar mit Dialektkenntnissen des arabischen und asiatischen Sprachraums.

Auch die meisten der in Leipzig tätigen "Industriemanager", deren Alter zwischen 35 und 45 Jahren angegeben wird, zeigten umfangreiche Sprachkenntnisse und ein technisch-kaufmännisches Wissen, das dem hochqualifizierter Industriemanager aus westlichen Ländern gleichkommt. Besonders auffallend war in Unterhaltungen mit Managern dieses Typs, daß sie im Gegensatz zu den Ausstellern der Leipziger Messe, die vor einigen Jahren dort tätig waren, jede ideologische Auseinandersetzung mit Gesprächspartnern aus dem Westen vermieden.

Diese Beobachtungen lassen darauf schliessen, daß in der SBZ eine wirtschafts- und handelspolitische Führungsschicht zum Zuge gekommen ist, die die Probleme ihrer Umwelt mit äußerstem Pragmatismus angeht.

+ + +

Deutsch-dänische Gemeinschaftsleistung

Es geht um das größte Verkehrsprojekt Europas

lg. - Der Bau einer Autobahn zwischen Hamburg und Nordjütland ist in greifbare Nähe gerückt. Als Baubeginn kann das Jahr 1967/68 betrachtet werden. Nach dem Stand der Planungen wird man spätestens ab 1975 von Hamburg über eine hochmoderne Autobahn bis nach Skagen in knapp sechs Stunden mit dem Wagen fahren können. Das jetzt anstehende Projekt ist das größte Verkehrsprojekt Europas. Es wird rund 1,3 Milliarden DM verschlingen. An der Staatsgrenze bei Flensburg wird eine deutsch-dänische Gemeinschaftsarbeit notwendig. Als Linienführung ist die Strecke von Hamburg über Neumünster und über den Nordostseekanal bis westlich von Flensburg vorgesehen. Die große Autobahn wird dann immer westlich der Städte Apenrade, Kolding, Aarhus und Aalborg entlanglaufen. Großartige Brücken und Tunnelprojekte sind beim Überspringen des Nordostseekanals, des Vejle-Fjords und des Limfjords vorgesehen. Dänemark wird um viele Stunden näher an Hamburg heranrücken.

Die Impulse für Schleswig-Holstein wurden vor Jahren durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Eugen Lechner gegeben. Er bedrängte die CDU-EDF-Regierung in Kiel hart. Er verlangte konsequente Vorstellungen in Bonn. Das Autobahnprojekt erhielt damals den Namen "Lechner-Plan". Inzwischen liegt die Trassenführung weitgehend fest. Man wird zuerst vom Außenring Hamburgs bis nach Kaltenkirchen bauen, wo ein internationaler Düsenflughafen entstehen soll. Von dort geht es nach Neumünster mit einer Stichstraße nach Kiel.

Der dänische Reichstag dürfte der Linienführung Anfang März seine Zustimmung geben. Die dänische Streckenführung fällt eng mit der großen dänischen Industrie-Entwicklungsplanung zusammen, der sich die sozialdemokratische Regierung J.O. Krag besonders widmet. Aufgrund der neuen Industrien konnte Dänemark im letzten Jahr zum erstenmal mehr Industrie- als Agrarerzeugnisse exportieren. Jetzt soll Jütland systematisch entwickelt werden. Die Autobahn wird das Rückgrat der Industrie-Erschließung sein.

Durch deutsch-dänische Verhandlungen steht schon fest, wo das riesige Verkehrsprojekt über die deutsch-dänische Staatsgrenze westlich von Flensburg gehen soll. Weiter nördlich wird die Autobahn dann bei Fredericia auf ein riesiges Kreuzungsbauwerk stoßen. Nach den dänischen Planungen soll außerdem von Kopenhagen bis Esbjerg, dem großen Nordsee-Export-Hafen, eine Ost-West-Autobahn gebaut werden.

Die Planungen gehen davon aus, daß der Große Belt zwischen Korsør und Nyborg mit der größten europäischen Brücken überspannt wird. Ein weiteres Bauwerk wird dann bei Middelfart am Kleinen Belt zur Halbinsel Jütland hinüber notwendig sein.

+ + +

Afrikanische "Eisberge" (Fortsetzung und Schluß)

Von Helmut F. Bärwald

Burundi - Eine Schlappe für Peking

Am Morgen des 15. Januar 1965 hatte der neuernannte nichtkommunistische Ministerpräsident des seit fünf Jahren unabhängigen kleinen Königreiches Burundi in Zentralafrika, Pierre Ngendandumwe, sein Kabinett vorgestellt. Wenig Stunden später starb er, durch mehrere Schüsse auf offener Straße niedergestreckt. Der Mörder war das Werkzeug einer linksradikalischen Gruppe, deren führende Leute über direkte und engste Kontakte zu Abgesandten Pekings in Burundi und über diese unmittelbar nach Rotchina verfügten.

Der Tod des Mannes ließ in erschreckender Deutlichkeit klar werden, in welcher Gefahr sich das kleine afrikanische Land befand. Sofort setzten umfangreiche Ermittlungen über die Hintermänner des gefaßten Mörders und über die Motive der Tat ein. Als man an dem in die Hand bekommenen Faden zog, kam ein dickes Knäuel zum Vorschein. Die kommunistische Wühlarbeit in Burundi hatte bereits Erfolge zu verzeichnen gehabt, deren Aktivierung nun gerade noch rechtzeitig verhindert werden konnte. Unter der im Januar dieses Jahres abgesetzten Regierung Nyamoya war Burundi zum Tummelplatz kommunistischer Agenten vor allem chinesischer Herkunft und zum wichtigsten Umschlagplatz kommunistischer Lieferungen an die Rebellen im Kongo geworden. Die alte Regierung hatte sich bereits mit Peking zu Geheimverhandlungen an einen Tisch gesetzt. Der völlige Ausverkauf des Landes an Rotchina wäre nur noch eine Frage der Zeit gewesen. Die Rotchinesen genossen in Burundi bis Anfang dieses Jahres eine Vorzugsstellung. So durften die in Burundi akkreditierten Botschaften durch eine Regierungsaufgabe nur je acht Mitglieder haben - bis auf die diplomatische Vertretung Pekings, die allein über zwanzig offizielle Botschaftsangehörige hatte.

Knapp zwei Wochen nach der Ermordung des neuen Ministerpräsidenten zog die jetzige Regierung Burundis Konsequenzen, deren Notwendigkeit durch die in den Ermittlungen um den Mord gewonnenen Erkenntnisse bestätigt wird. Die diplomatischen Beziehungen zu Peking wurden abgebrochen und die Mitglieder der rotchinesischen Botschaft des Landes verwiesen.

Kommunisten in der Sackgasse

Als die kommunistisch orientierte und an der Strippe Pekings hängende Regierung Nyamoya und die kommunistischen Funktionäre in den Gewerkschaften und Jugendverbänden Anfang dieses Jahres erkennen mußten, daß ihrem Tun ein Riegel vorgeschoben wurde, griffen sie zum äußersten Mittel ihrer "Politik": zum Mord. Doch das Geschoß, das einen Mann tötete, der ihnen im Wege war, wurde zum Bumerang: In Burundi wurde dem kommunistischen Spuk zunächst ein Ende bereitet. Es ist zu hoffen, daß die neue Regierung des Landes stark, klug und weitsichtig genug ist, in ihrem Lande dem Kommunismus jeden Nährboden zu entziehen. Nicht durch sterilen "Anti"-Kommunismus, nicht durch leere antikommunistische Deklarationen, sondern - wie es Dr. Kurt Schumacher vor 15 Jahren in einem anderen Zusammenhang umriß - durch Leistungen, die einen Vergleich der sozialen Verhältnisse in einer Welt der Freiheit mit den unsozialen Zuständen in einer Welt der Diktatur bestehen können. - Es geht nicht um die Frage, ob Moskau oder Peking das auf dem afrikanischen Kontinent ausgetragene Rennen gewinnt. Es geht primär um die Beantwortung der - für die ganze freie Welt wichtigen - Frage: Wohin geht Afrika? Der Wahlspruch der NATO lautet: "Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit." Gerade der "Fall Burundi" zeigt deutlich, daß diese durch Erfahrung bestätigte Maxime für alle Völker Afrikas gilt, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit bewahren und nicht zum manipulierbaren Satelliten irgendeiner kommunistischen Macht werden wollen.